



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2009/2217(INI)

13.7.2010

ENTWURF EINES BERICHTS

über eine neue Strategie für Afghanistan
(2009/2217(INI))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berichterstatter: Pino Arlacchi

PR_INI

INHALT

Seite

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ...**Error!
Bookmark not defined.**

BEGRÜNDUNG**Error! Bookmark not defined.**

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu einer neuen Strategie für Afghanistan (2009/2217(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine früheren Entschlüsse zu Afghanistan, insbesondere seine Entschlüsse vom 8. Juli 2008 zur Stabilisierung Afghanistans¹, vom 15. Januar 2009 zu der Kontrolle der Ausführung von EU-Mitteln in Afghanistan² und vom 24. April 2009 zu Frauenrechten in Afghanistan³,
- unter Hinweis auf die gemeinsame politische Erklärung EU-Afghanistan vom 16. November 2005, die auf gemeinsamen Prioritätensetzungen für Afghanistan beruht, zu denen beispielsweise die Schaffung starker und rechenschaftspflichtiger Institutionen, die Reform in den Bereichen Sicherheit und Justiz, die Drogenbekämpfung sowie die Entwicklung und der Wiederaufbau zählen,
- unter Hinweis auf den Afghanistan-Pakt von 2006, durch den die drei wichtigsten Handlungsfelder festgelegt wurden, denen sich die afghanische Regierung in den kommenden fünf Jahren zuwenden muss: Sicherheit, Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie Bemühungen zur Ausschaltung der Drogenindustrie,
- unter Hinweis auf die Afghanistan-Konferenz vom Januar 2010 in London, auf der die internationale Gemeinschaft erneut ihr Engagement für Afghanistan bekräftigte, auf der die Grundlagen für einen internationalen Konsens über eine „nichtmilitärische“ Lösungsstrategie für die Afghanistan-Krise gelegt wurden und auf der festgelegt wurde, dass die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an afghanische Kräfte 2011 beginnen und bis 2014 größtenteils abgeschlossen sein soll,
- unter Hinweis auf den vorgeschlagenen „Treuhandfonds für Frieden und Wiedereingliederung“, für den die Teilnehmer der Londoner Konferenz eine anfängliche Summe von 140 Mio. USD zusagten und dessen Ziel die Integration der Taliban und anderer Aufständischer ist,
- unter Hinweis auf die afghanische Große Ratsversammlung – die „Friedens-Jirga“ – in Kabul Anfang Juni 2010, deren Ziel es war, einen nationalen Konsens in der Frage der Versöhnung mit Gegnern herbeizuführen,
- unter Hinweis auf die (bevorstehende) „Kabul-Konferenz“ am 20. Juli 2010, auf der die Fortschritte bei der Umsetzung der Beschlüsse der Londoner Konferenz beurteilt werden sollen und die der afghanischen Regierung Gelegenheit bieten wird, den künftigen Weg abzustecken, vor allem in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Verstärkung der Sicherheit, gute Regierungsführung, wirtschaftliche und soziale Entwicklung,

¹ ABl. C 294E vom 3.12.2009, S. 11.

² ABl. C 46E vom 24.2.2010, S. 87.

³ Angenommene Texte, P6_TA(2009)0309.

Menschenrechte, Gleichstellung der Geschlechter, Wirtschaftswachstum und Verbesserung der Wahlverfahren,

- unter Hinweis auf die Präsidentschaftswahlen in Afghanistan vom August 2009, auf den im Dezember 2009 veröffentlichten Abschlussbericht der EU-Wahlbeobachtermission und auf die im Herbst 2010 anstehenden Parlamentswahlen,
- unter Hinweis auf alle entsprechenden Schlussfolgerungen des Rates, insbesondere die des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ vom 27. Oktober 2009, und auf den Aktionsplan des Rates für ein verstärktes Engagement der EU in Afghanistan und Pakistan sowie auf die Schlussfolgerungen des Rates „Auswärtige Angelegenheiten“ vom 22. März 2010,
- unter Hinweis auf die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten/Leiters der EU-Delegation in Afghanistan, der diese Doppelfunktion seit dem 1. April 2010 ausübt,
- unter Hinweis auf die Erklärung des Rates vom 18. Mai 2010 über die dreijährige Verlängerung der Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan (EUPOL Afghanistan) vom 31. Mai 2010 bis 31. Mai 2013,
- unter Hinweis auf das Länderstrategiepapier 2007-2013, in dem das Engagement der EG in Afghanistan bis zum Jahr 2013 dargelegt wird,
- unter Hinweis auf den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2010,
- unter Hinweis auf den „Human Development Report 2009“ der Vereinten Nationen, in dem Afghanistan unter 178 Ländern an 177. Stelle eingestuft wird,
- unter Hinweis auf die von Afghanistan selbst vorgenommene Risiko- und Vulnerabilitätsabschätzung (National Risk and Vulnerability Assessment) 2007/2008, der zufolge es rund 570 Mio. USD kosten würde, die Armut in Afghanistan zu beseitigen und alle Betroffenen über die Armutsschwelle zu heben,
- unter Hinweis auf den 2008 veröffentlichten Bericht der Agentur für die Koordinierung der Afghanistan-Hilfe (ACBAR), „Falling Short – Aid Effectiveness in Afghanistan“, der aufzeigt, dass enorme Summen an Hilfsgeldern als Unternehmensgewinn an Auftragnehmer fließen (bis zu 50 % je Vertrag), und der ein Schlaglicht auf die kaum vorhandene Transparenz der Beschaffungs- und Ausschreibungsverfahren und auf die hohen Kosten der Gehälter und Zulagen ausländischer Helfer wirft,
- unter Hinweis auf die Empfehlungen des Peace Dividend Trust, der für eine Strategie unter dem Motto „Afghanistan first“ eintritt, d. h. dafür, dass anstelle von Importen eine lokale Beschaffung von Waren und Dienstleistungen in Afghanistan gefördert wird, die in erster Linie den Afghanen zugute kommt,
- unter Hinweis auf die neue Strategie der USA und der NATO für Afghanistan, die unter dem Kommando von General Stanley McChrystal angeregt und inzwischen von General Petraeus übernommen wurde,

- unter Hinweis auf den Bericht von Mitarbeitern der Mehrheitsfraktion des US-Kongresses „War Lords Inc: Extortion and Corruption Along the US Supply Chain in Afghanistan“ (Committee on Oversight and Government Reform, US House of Representatives, Juni 2010),
 - unter Hinweis auf die Arbeit des Büros der Vereinten Nationen für Drogenkontrolle und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und insbesondere auf dessen Bericht vom Oktober 2009 „Addiction, Crime and Insurgency – the transnational threat of Afghanistan opium“,
 - gestützt auf Artikel 48 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und der Stellungnahme des Entwicklungsausschusses (A7-0000/2010),
- A. in der Erwägung, dass die internationale Gemeinschaft implizit anerkannt hat, dass es nach neun Jahren Krieg und internationalem Einsatz noch immer nicht gelungen ist, dem Taliban-Aufstand ein Ende zu setzen und dem Land Frieden und Stabilität zu bringen,
 - B. in der Erwägung, dass Afghanistan in eine Sackgasse geraten ist: es gibt eine Koalition von Besatzungsmächten, die die Taliban nicht zu schlagen vermag, und eine Bewegung von Aufständischen, die sich gegen diese Streitkräfte nicht durchsetzen kann; sowie in der Erwägung, dass kein klares Ende in Sicht ist,
 - C. in der Erwägung, dass sich die Sicherheitsbedingungen verschlechtert haben, während der einstige Konsens in der Bevölkerung über die Präsenz der Koalition immer brüchiger wird,
 - D. in der Erwägung, dass sich die Geber mit dem Afghanistan-Pakt von 2006 verpflichteten, nach Möglichkeit einen zunehmenden Anteil der Hilfe über den zentralen Staatshaushalt abzuwickeln, sei es direkt oder über Treuhandfonds-Mechanismen; in der Erwägung jedoch, dass der Aktionsplan für die Unterstützung 77 Leistungskriterien vorsieht, die Afghanistan erfüllen muss, jedoch keinerlei Leistungskriterien für die Geber enthält,
 - E. in der Erwägung, dass Carl Bildt in seiner Funktion als Ratsvorsitzender im Dezember 2009 gegenüber dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten in Bezug auf die Afghanistan-Hilfe der EU erklärte: „Wir haben keine Vorstellung davon, was die Union in ihrer Gesamtheit in Afghanistan tut (...) Wir geben über eine Milliarde Euro pro Jahr aus (...) und das praktisch unkoordiniert“,
 - F. in der Erwägung, dass von 2002 bis 2009 internationale Hilfe im Umfang von mehr als 40 Mrd. USD nach Afghanistan geflossen ist; in der Erwägung jedoch, dass nach Schätzungen der UNICEF 59 % aller afghanischen Kinder unter fünf Jahren nicht genug zu essen haben und fünf Millionen Kinder nicht zur Schule gehen können,
 - G. in der Erwägung, dass der US-Kongress im Juli 2010 eine Überprüfung geleisteter Milliardenhilfen für Afghanistan forderte und dafür stimmte, die Hilfe für die Regierung Afghanistans vorläufig um fast 4 Mrd. USD zu kürzen,
 - H. in der Erwägung, dass der afghanische Finanzminister Omar Zakhilwal den ausländischen

Auftragnehmern vorgeworfen hat, den größten Teil der 4 Mrd. USD, die Berichten zufolge in den letzten Jahren außer Landes geschafft worden sein sollen, in die eigene Tasche gesteckt zu haben, und eine internationale Untersuchung gefordert hat,

- I. in der Erwägung, dass die USA nach eigenen Erklärungen im Sommer 2011 mit dem Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan beginnen werden und dass sich andere Länder bereits zurückgezogen haben oder dies demnächst tun wollen,
- J. in der Erwägung, dass auf der Londoner Konferenz beschlossen wurde, dass die afghanische Polizei von derzeit 94 000 Mann bis Ende 2011 auf 134 000 und binnen fünf Jahren auf 160 000 Mann aufgestockt werden soll,
- K. in der Erwägung, dass das Hauptziel der EUPOL-Mission in Afghanistan darin besteht, zum Aufbau eines afghanischen Polizeisystems beizutragen, das internationalen Standards entspricht,
- L. in der Erwägung, dass Afghanistan der weltgrößte Opiumproduzent und Hauptlieferant von Opium in die EU und die Russische Föderation ist,
- M. in der Erwägung, dass die EU seit dem Beginn des Wiederaufbauprozesses einen aktiven Beitrag zur Drogenbekämpfung geleistet hat,
- N. in der Erwägung, dass in Afghanistan einige Mohnplantagen mit chemischen Pflanzenvernichtungsmitteln zerstört wurden, und in der Erwägung, dass Mensch und Umwelt durch die damit verbundene Boden- und Gewässerbelastung schwere Schädigungen erleiden,
- O. in der Erwägung, dass Afghanistan über riesige Vorkommen an Mineralien, einschließlich Erdöl, im Wert von geschätzten 3 Billionen USD verfügen soll, die der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes einen enormen Schub verleihen könnten,

Eine neue EU-Strategie

- 1. ist sich der Tatsache bewusst, dass der Fortschritt in Afghanistan durch eine ganze Reihe von Faktoren behindert wird, will sich jedoch in diesem Bericht der Kürze halber auf vier Hauptbereiche konzentrieren, in denen weitere Bemühungen seiner Meinung nach zu ganz entscheidenden Verbesserungen führen werden, die den Ereignissen eine neue Richtung geben könnten: internationale Hilfe, Auswirkungen des Friedensprozesses, Auswirkungen der Polizeiausbildung, Beseitigung des Opiumanbaus durch alternative Entwicklungsmöglichkeiten;
- 2. vertritt daher die Auffassung, dass eine neue EU-Strategie für Afghanistan von zwei Voraussetzungen ausgehen muss: von der Einsicht, dass sich die Sicherheitsindikatoren und die sozioökonomischen Indikatoren trotz des fast zehnjährigen internationalen Engagements und trotz aller Investitionen weiter verschlechtern, und von der Notwendigkeit, ein grundlegendes Umdenken bei der internationalen Gemeinschaft zu fördern, deren Pläne und Beschlüsse bisher nur allzu oft über die Köpfe der Afghanen hinweg gefasst wurden;

3. hebt hervor, dass jegliche langfristige Lösung der Afghanistan-Krise die Beseitigung der Armut, die Beendigung der Opiumproduktion und die Integration Afghanistans in die internationale Gemeinschaft beinhalten muss;
4. weist erneut darauf hin, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten Afghanistan beim Aufbau eines eigenen Staates mit stärkeren demokratischen Institutionen unterstützen sollten, die in der Lage sind, die nationale Souveränität, die Einheit des Staates, die territoriale Integrität, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sowie den Wohlstand des Volks von Afghanistan zu gewährleisten, und die die historischen, religiösen, spirituellen und kulturellen Traditionen aller auf afghanischem Hoheitsgebiet lebenden ethnischen und religiösen Gemeinschaften achten;
5. bekundet seine Besorgnis angesichts der Verschlechterung der politischen und bürgerlichen Grundrechte der Frauen in Afghanistan sowie der jüngsten Änderungen des Wahlgesetzes, durch die sich die Frauenquoten für Parlamentssitze verringern;
6. ist überzeugt, dass die Frauenrechte ein Teil der Lösung für das Sicherheitsproblem sein müssen: es kann keine Stabilität in Afghanistan erzielt werden, wenn die Frauen ihre Rechte im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben nicht uneingeschränkt wahrnehmen können; fordert die afghanischen Behörden auf, Frauen in jeder Phase der Friedensgespräche und der Versöhnungs- und Eingliederungsbemühungen einzubeziehen;
7. fordert die EU und die internationale Gemeinschaft zu einer verstärkten finanziellen und anderweitigen Unterstützung der afghanischen Frauen und Frauenorganisationen auf;

Internationale Hilfe – Verwendung und Missbrauch

8. erinnert daran, dass sich das Gesamtbudget der EU (Europäische Gemeinschaft und Mitgliedstaaten) für die Afghanistan-Hilfe im Zeitraum 2002-2010 auf rund 8 Mrd. EUR belief;
9. stellt fest, dass ungeachtet der massiven ausländischen Finanzspritzen mehr Afghanen an den Folgen der Armut sterben als in direkter Folge des bewaffneten Konflikts, dass die Säuglingssterblichkeit erschreckenderweise seit 2002 zugenommen hat, während die Lebenserwartung bei der Geburt und der Alphabetisierungsgrad deutlich zurückgegangen sind und dass sich die Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, seit 2004 um 130 % erhöht hat;
10. betont, dass diese enttäuschende Bilanz nicht durch die begrenzten Fortschritte im Bereich der Infrastruktur, der Telekommunikation und der Grundbildung ausgeglichen wird, die von den Gebern und der afghanischen Regierung gerne als Errungenschaften angeführt werden;
11. weist zugleich auf die immensen Kosten des Krieges in Afghanistan von 2001 bis 2009 hin, die auf über 300 Mrd. USD geschätzt werden, was mehr als das 20-fache des afghanischen BIP ist, und die in Anbetracht der vorgesehenen Truppenaufstockung auf über 50 Mrd. USD pro Jahr steigen dürften;
12. stellt fest, dass die Kosten der Beseitigung der Armut in Afghanistan den Kosten von fünf

Tagen Krieg entsprechen;

13. stellt ferner fest, dass mit den Mitteln, die ein einwöchiger Krieg verschlingt, 6000 Schulen finanziert werden könnten, die ausreichen würden, um allen Kindern in Afghanistan eine Zukunft ohne Analphabetentum zu bieten;
14. weist darauf hin, dass der landläufigen Meinung zufolge zwar die Korruption der afghanischen Regierung schuld ist am Mangel an grundlegenden Dienstleistungen für die Bevölkerung, der überwiegende Teil der Hilfe für die sozioökonomische Entwicklung aber über internationale Organisationen, regionale Entwicklungsbanken, Nichtstaatliche Organisationen, internationale Auftragnehmer usw. abgewickelt wurde und nicht über die Zentralregierung;
15. nimmt zur Kenntnis, dass nach Aussage des afghanischen Finanzministers, die von unabhängigen Quellen bestätigt wurde, im Zeitraum 2002-2009 nur 6 Mrd. USD (bzw. 15 %) von den Hilfsgeldern in Höhe von insgesamt 40 Mrd. USD an die Regierung gingen und dass von den übrigen 34 Mrd., die über internationale Organisationen flossen, 70 % bis 80 % nie bei den vorgesehenen Nutznießern, den Menschen in Afghanistan, ankamen;
16. bekundet sein Entsetzen angesichts der fehlenden Koordinierung zwischen den internationalen Gebern, des Fehlens einer gründlichen Beurteilung des Auswirkungen des internationalen zivilen und militärischen Engagements sowie des Mangels an Transparenz und der dürftigen Mechanismen für die Rechenschaftslegung der Geber;
17. verurteilt den Umstand, dass ein erheblicher Teil der europäischen und anderen internationalen Hilfsgelder auf dem Weg durch die Verteilungskette verloren geht, und weist darauf hin, dass dies vor allem auf vier Faktoren zurückzuführen ist: Verschwendung, übermäßig hohe Vermittlungs- und Sicherheitskosten, überzogene Rechnungen und Korruption;
18. stellt jedoch fest, dass die Verluste an Hilfsgeldern im Falle der EU weniger drastisch ausfallen, weil 50 % der Hilfe über multilaterale Treuhandfonds abgewickelt werden (bei den USA sind es 10 %), deren Effektivität sehr hoch ist (rund 80 %);
19. fordert die EU auf, die Kosten und Auswirkungen der gesamten EU-Hilfe für Afghanistan in einer zentralen Datenbank/Analyse zu erfassen, da jede Interventionsstrategie von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, wenn – wie es heute der Fall ist – keine umfassenden, aktuellen und transparenten Daten zu Afghanistan vorliegen;
20. fordert außerdem alle in Afghanistan aktiven großen Geber von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe (von den EU-Mitgliedstaaten und den USA bis hin zum UNDP und UNOPS und von der Weltbank bis hin zu den großen Nichtstaatlichen Organisationen) auf, ihre operativen Kosten drastisch zu senken, indem sie direkte Zuweisungen an afghanische Institutionen vornehmen (mindestens 80 % mehr als jetzt);
21. erkennt an, dass die Möglichkeit lokaler Korruption besteht, geht aber davon aus, dass dies durch eine gestärkte Legitimation des afghanischen Staates wettgemacht werden kann, sofern dieser selbst für die Durchführung der Hilfe verantwortlich ist und dafür

sorgt, dass Indikatoren für die Wirksamkeit der Hilfe sowie effektive Überwachungsmechanismen zur Verfügung stehen, die von den Gebern gemeinsam mit der afghanischen Regierung vereinbart worden sind;

22. tritt dafür ein, dass die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen nach Möglichkeit grundsätzlich in Afghanistan selbst und nicht durch Einfuhren erfolgt;
23. nimmt zur Kenntnis, dass nach zahlreichen Presseberichten und nach dem Bericht des US-Repräsentantenhauses „Warlord, Inc.“ das US-Militär in Afghanistan den größten Teil seiner Logistik an private Auftragnehmer ausgelagert hat, die ihrerseits mit katastrophalen Folgen Unteraufträge für den Schutz von Militärkonvois an einheimische afghanische Sicherheitsanbieter vergeben;
24. stellt fest, dass der Beschluss, die militärische Versorgungskette der USA in private Hände zu geben, einen neuen Nährboden für Erpressung und Korruption geschaffen hat, da Warlords, einheimische Mafiabosse und schließlich auch Taliban-Kommandeure im Endeffekt einen bedeutenden Anteil an dem 2,2-3 Mrd. USD schweren Geschäft mit der Militärlogistik in Afghanistan haben; stellt fest, dass diese Summe höher ist als der Betrag, den die Taliban mit der „Besteuerung“ der Drogenindustrie einnehmen (nach Berechnungen der UN 15 % ihres Kriegshaushalts);
25. ist entsetzt darüber, dass die auf allen Stufen der militärischen Versorgungskette eingenommenen Schutz- und Erpressungsgelder, wie US-Außenministerin Hillary Clinton im Dezember 2009 in ihrer Aussage vor dem Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten darlegte, eine der wichtigsten Grundlagen für die Finanzierung des Aufstandes sind;
26. ist gleichermaßen entsetzt darüber, dass in Anbetracht der Ähnlichkeiten der Militärlogistik von USA und NATO der europäische Steuerzahler die Taliban letztendlich genau über jene Instanzen finanzieren könnte, die eigentlich für ihre Bekämpfung zuständig sind;
27. fordert daher die NATO und alle Koalitionsstreitkräfte in Afghanistan auf, die militärische Versorgung entlang der gesamten Versorgungskette wieder selbst zu übernehmen, sobald dies machbar ist;

Der Friedensprozess

28. ist der Auffassung, dass das derzeitige Patt in Afghanistan zu einem Großteil auf anfängliche Fehlkalkulationen der Koalitionsstreitkräfte zurückzuführen ist, die von einem schnellen militärischen Sieg über die Taliban und einem reibungslosen Übergang zu einem stabilen Staat ausgingen, der von einer legitimen Regierung mit starkem westlichen Rückhalt regiert würde;
29. ist daher der Ansicht, dass die wirkliche Stärke der Taliban nicht bemerkt, die Fähigkeit der Regierung Karzai zu verantwortungsvoller Führung überschätzt und die Aufgabe des Wiederaufbaus und der Entwicklung des Landes zu wenig beachtet wurde;
30. befürchtet, dass diese Fehler das Wiedererstarken der Taliban in mehr als der Hälfte des

Landes begünstigt und damit zur massiven Verschlechterung der Sicherheitslage beigetragen haben;

31. ist ferner der Auffassung, dass diese Tatsache sowie die mangelnde Wirksamkeit der internationalen Hilfe, die Mängel bei der Abwicklung dieser Hilfe durch die afghanische Regierung und die verstärkte Anwendung tödlicher Gewalt durch Koalitionstruppen die einfachen Afghanen noch weiter verprellt haben;
32. erkennt an, dass es nur eine politische Lösung geben kann und dass Verhandlungen mit den Taliban, die vor dem Hintergrund eines Waffenstillstands stattfinden sollten, das Kernelement dieses Prozesses sind, der das Ziel hat, eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden, die ein Ende des Bürgerkrieges herbeiführen kann, der das Land seit fast drei Jahrzehnten erschüttert;
33. ist der festen Überzeugung, dass die drei wichtigsten Vorbedingungen der EU für den Friedensprozess die Verpflichtung Afghanistans, Al-Quaida aus dem Lande zu verbannen, die Abschaffung des Mohnanbaus und die Bereitschaft, für die Achtung der grundlegenden Menschenrechte zu sorgen, umfassen müssen;
34. ist ferner der Ansicht, dass es dem afghanischen Volk selbst überlassen bleiben sollte, alle sonstigen Fragen entsprechend seinem Willen und seinen Möglichkeiten zu lösen;
35. erkennt an, dass es sich bei den Taliban nicht um eine einzelne homogene Gruppe handelt: es gibt mindestens 33 Führer auf der höchsten Ebene, 820 Führer auf der mittleren/unteren Ebene und 25 000 - 36 000 „Fußsoldaten“, die sich auf 220 Gemeinden verteilen und teils aus ideologischen, teils aus finanziellen Gründen in den Kampf ziehen;
36. ist sich der Tatsache bewusst, dass die Meinungen der Hauptakteure in Bezug auf Form und Inklusivität der Verhandlungen auseinandergehen, und erwartet, dass dies auf der bevorstehenden Kabul-Konferenz weiter erörtert wird;
37. betont die Schlüsselrolle Pakistans in dem Prozess, da es für die Taliban keinen Anreiz für ernsthafte Verhandlungen gibt, solange die pakistanische Grenze für sie geöffnet ist;
38. ist sich ferner der starken Beteiligung des pakistanischen Geheimdienstes (ISI) bewusst, der sicherstellen möchte, dass eine etwaige Friedensdividende auch für Pakistan ein befriedigendes Resultat bringt;
39. betont jedoch, dass der Frieden in Afghanistan nur dann Fuß fassen kann, wenn sich alle Nachbarländer auf eine gemeinsame Strategie der Nichteinmischung einigen;
40. fordert die EU auf, den Friedensprozess rückhaltlos zu unterstützen und der Regierung Karzai vollkommen freie Hand bei der Wahl ihrer Dialogpartner zu lassen, gleichzeitig jedoch darauf zu bestehen, dass die afghanische Verfassung und die Achtung der Menschenrechte den rechtlichen und politischen Rahmen für den Friedensprozess bilden;
41. kann nicht stark genug betonen, dass die EU eine weit aktivere Rolle beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung Afghanistans übernehmen muss, da ohne eine deutliche Verringerung der Armut und ohne nachhaltige Entwicklung kein dauerhafter Frieden

möglich ist;

42. fordert die EU nachdrücklich auf, die USA anzuhalten, von ihrer Strategie der Umgehung einheimischer Institutionen bei der Umsetzung der internationalen Hilfe und der Privatisierung der Sicherheit abzugehen sowie den gleichzeitigen und (aus Sicht des Friedensprozesses) offenbar widersinnigen Versuch aufzugeben, mit Hilfe von Drohnen und US-Spezialeinheiten die Führung der Aufständischen „enthaupten“ zu wollen, was rechtlich fragwürdig ist und häufig zivile Opfer fordert;
43. weist darauf hin, dass die militärische Präsenz der EU-Mitgliedstaaten in Afghanistan das Ziel hat, die Gefahr des internationalen Terrorismus zu bekämpfen und den Kampf gegen den Drogenanbau und den Drogenhandel in Angriff zu nehmen;
44. unterstreicht, dass diese Präsenz in keinerlei Zusammenhang mit den jüngsten Plänen der afghanischen Regierung zum Aufbau einer potenziell riesigen Bergbau- und Mineralindustrie steht;
45. betont ferner, dass diese Rohstoffvorkommen allein dem Volk von Afghanistan gehören und dass der „Schutz“ dieser Reichtümer niemals als Vorwand für eine dauerhafte Präsenz ausländischer Truppen auf afghanischem Boden dienen darf;

Polizeiausbildung

46. merkt an, dass es in Afghanistan weder Frieden noch Stabilität geben kann, solange die Sicherheit der Bürger des Landes nicht gewährleistet ist, und dass sich die Taliban anfänglich auch deshalb so gut etablieren konnten, weil sie in der Lage waren, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten;
47. hebt hervor, dass in Afghanistan eine Polizei aufgebaut werden muss, die einen Mindeststandard an Sicherheit gewährleisten kann, damit ein anschließender Abzug des ausländischen Militärs aus dem Lande möglich ist;
48. verweist auf die Vielzahl der polizeilichen Ausbildungsmissionen, die im Lande durchgeführt wurden, und auf die Investitionen in die polizeiliche Ausbildung, die wenig bewirkt haben;
49. ist der Ansicht, dass die EUPOL aufgrund der vagen Aufgabenstellung und der Ungewissheit ihrer bisherigen Erfolge noch nicht die ihr gebührende Legitimität erlangt hat;
50. entnimmt aus ISAF-Quellen, dass von den 94 000 Angehörigen der afghanischen Nationalpolizei fast 90 % Analphabeten sind, 20 % Drogen konsumieren und jedes Jahr mehr als 30 % verschwinden, ganz abgesehen davon, dass jährlich etwa 1000 von ihnen im Dienst ums Leben kommen;
51. ist der Ansicht, dass einer der Hauptgründe für die insgesamt ineffektive Ausbildung darin liegt, dass die Polizeiausbildung privaten Dienstleistern übertragen wird, was vor allem von den USA praktiziert wird;

52. stellt fest, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten zwar die Herangehensweise der USA nicht teilen, ihre Bemühungen zur Schaffung einer professionellen afghanischen Polizei jedoch durch Praktiken wie die „Schnellkurse“, die einige große Sicherheitsfirmen aus den USA durchführen (nach einer mangelnden Sicherheitsüberprüfung der Anwärter, einer sechswöchigen Ausbildung ohne Lehrbücher wegen Analphabetentums der Auszubildenden und einem minimalen Einsatztraining werden die Rekruten mit Marke, Uniform und Waffe ausgestattet und auf Patrouille geschickt), untergraben zu werden drohen;
53. nimmt ferner mit Erschütterung zur Kenntnis, dass diese privaten Firmen einer mangelhaften Finanzkontrolle unterzogen werden, und verweist auf einen gemeinsamen Bericht des US-Verteidigungsministeriums und des US-Außenministeriums aus dem Jahre 2006, dessen Aussagen noch heute gültig sind, wonach die afghanische Polizei nicht in der Lage war, routinemäßige polizeiliche Vollzugsaufgaben wahrzunehmen, und wonach kein effektives Programm für die Einsatzausbildung vorhanden war; würdigt die von General McChrystal während seiner Amtszeit unternommenen Bemühungen, ein gewisses Maß an Kontrolle über die privaten ausländischen Milizen zu erlangen, die unbehelligt in Afghanistan operieren;
54. empfiehlt daher unmissverständlich, die Polizeiausbildung nicht länger privaten Anbietern zu überlassen;
55. schlägt vor, dass ein großangelegtes Ausbildungsprogramm eingeleitet werden sollte, das zunächst unter dem Kommando der NATO steht, und dass die Angehörigen der EUPOL und der nationalen Polizeieinheiten in diese neue Ausbildungsmission einbezogen werden sollten, damit Doppelarbeit, Verschwendung und Flickwerk ein Ende haben;
56. empfiehlt eine Anhebung der Gehälter der afghanischen Polizei und eine Umstellung des gesamten Rekrutierungsverfahrens, so dass nur noch Anwärter mit einem Grundstock an Lese- und Schreibkenntnissen angenommen werden, die keine Drogenkonsumenten sind und eine bessere psychische und physische Eignung aufweisen als die jetzigen Polizeiangehörigen;

Drogen

57. erinnert daran, dass 90 % des illegalen Opiums in der Welt aus Afghanistan stammen, dass jedoch 2001 zum Zeitpunkt des Einmarschs der Koalitionsstreitkräfte in Kabul kein Opiummohn in Afghanistan angebaut wurde, weil die UNO die Taliban dazu gebracht hatte, den Anbau in den von ihnen kontrollierten 90 % des Landes zu verbieten;
58. ist der Meinung, dass es folglich für eine große, gut ausgestattete Streitmacht eigentlich nicht schwierig hätte sein dürfen, diese Flächen durch lokale Projekte zur landwirtschaftlichen Entwicklung weiterhin opiumfrei zu halten und die Projekte durch ihre Truppen vor den Taliban und einheimischen Kriegsherren schützen zu lassen;
59. nimmt jedoch zur Kenntnis, dass die Regierung Bush die Opiumproblematik nicht als prioritär eingestuft und es vorgezogen hat, im Namen des Krieges gegen den Terror mit den Kriegsherren zusammenzuarbeiten;

60. stellt fest, dass der Anbau infolge der Straffreiheit für Anbauer und Händler innerhalb von zwei Jahren wieder den Stand von vor 2001 erreicht hat und eine Handvoll einflussreicher Kriegsherren ein riesiges Kartell betreibt;
61. weist darauf hin, dass sich die Einnahmen aus dem Drogenhandel 2009 trotz eines vorherigen überproduktionsbedingten Preisrückgangs insgesamt auf 3,4 Mrd. USD beliefen und der potenzielle Bruttoexportwert des Opiums 26 % des afghanischen BIP ausmachte, wobei rund 1,6 Millionen Afghanen (6,4 % der Bevölkerung) in der Drogenindustrie beschäftigt sein sollen;
62. weist jedoch auf einen aktuellen Bericht des UNODC hin, wonach nur 4 % der jährlichen Einnahmen aus dem Drogenhandel an die Taliban gehen, 21 % an die einheimischen Bauern und 75 % an Regierungsbeamte, die Polizei, lokale und regionale Mittelsmänner und Schmuggler; stellt somit fest, dass der Löwenanteil der Einnahmen aus dem Drogenhandel an die Verbündeten der NATO geht;
63. nimmt zur Kenntnis, dass die USA und die internationale Gemeinschaft im Zeitraum 2001-2009 1,61 Mrd. USD für Drogenbekämpfungsmaßnahmen ausgegeben haben, ohne dass dies wesentlichen Einfluss auf die Produktion und den Handel hatte, und erinnert an die Worte des US-Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, der zur bisherigen Drogenbekämpfungsinitiative der USA in Afghanistan erklärte, dies sei „unter allen staatlichen und nichtstaatlichen Programmen das verschwenderischste und ineffektivste, das ich je gesehen habe“;
64. bedauert die mangelhaften Bemühungen, den Opiumanbau in Afghanistan schrittweise einzustellen, indem alternative Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts geschaffen werden;
65. nimmt die erfolgreichen Anstrengungen zur Kenntnis, den Opiumanbau in Pakistan, Laos und Thailand nach und nach durch den Anbau alternativer Kulturen zurückzudrängen; nimmt ferner zur Kenntnis, dass auch in Afghanistan erfolgversprechende neue Kulturen wie beispielsweise Safran zum Einsatz kommen, mit denen sich weit höhere Einnahmen erzielen lassen als mit Opiummohn;
66. stellt fest, dass eine ähnliche schrittweise Einstellung des Opiumanbaus auch für Afghanistan vorgesehen werden könnte, wofür 100 Mio. EUR pro Jahr bereitgestellt werden könnten, wenn für einen Zeitraum von fünf Jahren jeweils 10 % der jährlichen Afghanistan-Hilfe der EU dafür zweckgebunden würden;
67. fordert einen nationalen Fünfjahresplan für die Eliminierung illegaler Opiumkulturen mit konkreten Terminen und Zielvorgaben, für dessen Durchführung eine eigens eingerichtete Stelle mit eigenem Budget und Mitarbeiterstab verantwortlich ist;
68. unterstreicht, dass diese Stelle dem afghanischen Präsidenten unmittelbar unterstellt sein, afghanisches Personal beschäftigen und von einer Persönlichkeit geleitet werden sollte, die das Vertrauen des Präsidenten und auch der internationalen Gemeinschaft, die technische Hilfe leisten soll, genießt;
69. betont, dass zur Förderung dieses Plans eine Zusammenarbeit zwischen der EU und der

Russischen Föderation erfolgen sollte, da letztere am stärksten unter dem Heroinschmuggel aus Afghanistan leidet und nach der EU der weltweit zweitgrößte Absatzmarkt für Opioide ist;

70. fordert die Regierung und das Parlament Afghanistans auf, spezifische Gesetze zum Verbot aller Vernichtungspraktiken zu erlassen, bei denen nichtmanuelle und nichtmechanische Mittel angewendet werden;
71. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Generalsekretär der NATO sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Islamischen Republik Afghanistan zu übermitteln

BEGRÜNDUNG

Allgemeine Bemerkungen

Der vorliegende Bericht beruht auf umfangreichen Konsultationen zur Lage in Afghanistan und zu dessen Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft, die der Berichtersteller in den letzten sechs Monaten durchführte, um eine Erklärung dafür zu finden, warum in Afghanistan trotz aller Kosten und Mühen der vergangenen neun Jahre so wenig erreicht wurde. In Afghanistan liegen Hoffnung und Realität weiter auseinander als je zuvor, und von dieser Einsicht sollte die neue EU-Strategie für dieses Land ausgehen.

Der Berichtersteller hat beschlossen, sich hier ausschließlich auf vier Bereiche zu konzentrieren, in denen gezielte Maßnahmen seiner Meinung nach echte Veränderungen ermöglichen könnten: **internationale Hilfe, Auswirkungen des Friedensprozesses, Auswirkungen der Polizeiausbildung und Beseitigung des Opiumanbaus.**

Dies sind die Schlüsselfragen, die sich bei den Nachforschungen des Berichterstatters herauskristallisiert haben, der Treffen mit verschiedenen Ministern der Regierung von Präsident Karzai sowie mit dem Präsidenten selbst, mit den Präsidenten des Ober- und Unterhauses, ISAF-Kommandeuren, Vertretern internationaler Organisationen, Botschaftern benachbarter Länder und ehemaligen Führern der früheren Taliban-Regierung hatte; er besuchte vor Ort Projekte in Herat, die von PRT (Provincial Reconstruction Teams) durchgeführt werden, und Organisationen für internationale Zusammenarbeit. In Europa und den USA führte der Berichtersteller Konsultationen mit Botschaftern von Ländern, die sich in Afghanistan engagieren, bzw. den Vertretern der Botschafter, mit internationalen Nichtstaatlichen Organisationen und mit Mitgliedern des US-Kongresses.

Nach neunjährigem internationalem Engagement liegt in Afghanistan noch vieles im Argen, die Sicherheitslage hat sich verschlechtert, und die sozioökonomischen Schlüsselindikatoren ergeben ein höchst enttäuschendes Bild. Hinzu kommt, dass Entscheidungen allzu oft ohne ausreichende Einbeziehung der Afghanen getroffen wurden und dass die ausländischen Einsatzkräfte, ob militärisch oder zivil, eine Vorgehensweise an den Tag gelegt haben, die von den Afghanen als respektlos und überheblich empfunden wird. Zentrales Thema dieses Berichts ist daher die Notwendigkeit, die Voraussetzungen für eine zügige „Afghanisierung“ der Afghanistan-Krise zu schaffen, damit eine stabile Regierung aufgebaut werden kann, die von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird und ihre gesamten Bemühungen auf die sozioökonomische Entwicklung konzentriert. Daher wird dafür plädiert, dass sich die EU an die Spitze einer internationalen Initiative mit dem Ziel setzen sollte, Afghanistan als einen souveränen Staat und nicht mehr als eine Art „Niemandland“ zu behandeln.

Internationale Hilfe

Das größte Problem Afghanistans ist die Armut. Die Tatsache, dass weit mehr Afghanen aus Armutsgründen sterben als infolge des bewaffneten Konflikts, ist erschreckend: So forderte die Müttersterblichkeit 25 000 Menschenleben pro Jahr, während zwischen Januar und November 2009 „nur“ 2186 Zivilisten durch Waffen ums Leben kamen. Zudem lebt mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes unter der Armutsgrenze, und das trotz der großen Summen an

internationaler Hilfe, die nach Afghanistan fließen.

Was läuft also falsch? Zunächst ist festzuhalten, dass es äußerst schwierig war, verlässliche Informationen über die bisherigen Modalitäten und Auswirkungen des internationalen zivilen und militärischen Einsatzes einzuholen, was nach wie vor eine große Hürde für das Verständnis der heutigen Lage in Afghanistan darstellt. Zudem fehlt es ganz offensichtlich an Koordinierung und Kommunikation zwischen den Geberländern, von einer Abstimmung zwischen den Gebern und den vorgesehenen Nutznießern, der afghanischen Bevölkerung, ganz zu schweigen. Bei einem jüngst in Kabul veranstalteten Treffen beklagte der Finanzminister gegenüber dem Berichterstatter, dass die Regierung über etwa ein Drittel der internationalen Hilfgelder, die seit 2001 in Afghanistan ausgegeben wurde, keinerlei Informationen erhalten habe. Andere Gesprächspartner äußerten ähnliche Kritik.

Zu begrüßen ist, dass die USA, wenn auch mit Verspätung, begonnen haben, durch ihren „Special Inspector General for Afghanistan Reconstruction“ (SIGAR) relevante Daten zu Hilfszahlungen und zu deren Auswirkungen zu erheben. Die EU ist nun ihrerseits dringend aufgerufen, die Kosten und Auswirkungen der gesamten EU-Hilfe für Afghanistan in einer zentralen Datenbank zu erfassen und zu analysieren, um für mehr Transparenz zu sorgen und Mechanismen für eine umfassende Rechenschaftslegung durch die Geber zu schaffen.

Zahlreiche Studien, darunter ein 2007 erschienener Bericht des Peace Dividend Trust mit dem Titel „Afghanistan Compact Procurement Monitoring Project“, gelangten zu dem Fazit, dass sich die mit Abstand größten Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft (etwa 80 %) dadurch erreichen lassen, dass Mittel direkt an die Regierung gezahlt werden und nicht an (zwischen geschaltete Stellen wie) internationale Unternehmen oder Nichtstaatliche Organisationen (weniger als 20 %). Dennoch ist es nach wie vor gängige Praxis, den größten Teil der Hilfe über eine Vielzahl von internationalen Organisationen, internationalen Finanzinstitutionen, regionalen Entwicklungsbanken, Nichtstaatliche Organisationen und privaten Auftragnehmern und nicht über die Zentralregierung abzuwickeln, wobei ein nicht unerheblicher Teil der Mittel an den verschiedenen Punkten der Lieferkette versickert. Die Kosten für Auftragnehmer und Unterauftragnehmer verschlingen große Summen (die bis zu 50 % pro Vertrag betragen können); hohe Gehälter und großzügige Zulagen für ausländische Mitarbeiter von Beratungsfirmen und Auftragnehmern schlucken weitere Mittel.

Der Berichterstatter spricht sich daher für eine Neuausrichtung der Übermittlung der Hilfe nach Afghanistan aus und schlägt vor, einen größeren Teil der Hilfe direkt über afghanische Institutionen abzuwickeln, anstatt sie über Organisationen für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung zu vermitteln.

Zwar gibt die lokale Korruption zweifellos Anlass zur Sorge, doch neigt die internationale Gemeinschaft dazu, sich vorrangig mit diesem Thema anstatt mit den eigenen Schwächen zu befassen. Korruption bleibt Korruption, wo immer sie auch vorkommen mag, doch sollte berücksichtigt werden, dass nicht mehr als 15 % der internationalen Hilfe durch die Hände der afghanischen Zentralregierung gehen: Die Korruption auf lokaler Ebene betrifft somit höchstens 7,5-9 % der gesamten Zivilhilfe für Afghanistan. Auf jeden Fall sollte dieses Problem mithilfe von Indikatoren für die Wirksamkeit von Unterstützungsmaßnahmen und unter Einsatz verstärkter Überwachungsmechanismen in Angriff genommen werden, auf die sich die Geberländer und die afghanische Regierung einigen. Auch die zusätzliche

Legitimität, die die afghanische Regierung dadurch gewinnt, dass ihr die Verantwortung für die Umsetzung der Hilfe übertragen wird und sie diese Verantwortung für alle sichtbar wahrnimmt, könnte zur Eindämmung der Korruption auf lokaler Ebene beitragen.

Der Friedensprozess

Es ist festzustellen, dass die Regierung Karzai in der Vergangenheit zwar grundsätzlich dargelegt hat, wie ein Friedensprozess für Afghanistan aussehen sollte, jedoch erst seit der Londoner Konferenz konkrete Schritte genannt wurden, darunter das Vorhaben, Gespräche mit den Taliban aufzunehmen und mit mehr als 70 Ländern eine Vereinbarung über die Einrichtung eines Treuhandfonds (in Höhe von etwa 1 Mrd. USD über einen Zeitraum von fünf Jahren) zu treffen, um die Integration der Taliban und anderer Aufständischer zu fördern.

Derzeit scheint es zwei parallele Ansätze zu geben: zum einen Gespräche zwischen einem breiten Spektrum von Taliban, vom Mullah Omar bis hin zu den Fußsoldaten, und der Regierung Karzai sowie Pakistan und den Vereinten Nationen, zum anderen Verhandlungen zwischen der ISAF, dem US-Außenministerium und Taliban der mittleren und unteren Ebene (der Hälfte der 820 Führer der mittleren Ebene/Nachwuchsführer sowie dem Großteil der Fußsoldaten, die bereit wären, die Waffen niederzulegen und sich wieder in die lokalen Gemeinschaften einzugliedern). Zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Textes ist die US-Regierung noch unentschieden, ob sie dem ersten Ansatz folgen will, doch ist davon auszugehen, dass Präsident Obama nach der militärischen Offensive im Sommer eine eindeutigere Entscheidung in dieser Frage treffen wird.

Der Berichtsteller ist der festen Überzeugung, dass die EU den Friedensprozess mit allen Kräften unterstützen und der Regierung Karzai die Wahl ihrer Gesprächspartner überlassen sollte, wobei jedoch drei grundlegende Bedingungen einzuhalten sind: die Zusage Afghanistans, Al-Qaida aus dem Lande zu verbannen, die Einstellung des Mohnanbaus und die Bereitschaft, für die grundsätzliche Achtung der grundlegenden Menschenrechte zu sorgen. Alle anderen Fragen sollten vom afghanischen Volk selbst gelöst werden.

Polizeiausbildung

Auf der Londoner Konferenz wurde festgelegt, dass die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an afghanische Kräfte im Jahr 2011 beginnen und bis 2014 weitgehend abgeschlossen sein soll. Das wesentliche Instrument zur Stärkung der Fähigkeit des afghanischen Staates, seinen Bürgern Sicherheit zu bieten, ist die Aufstockung der Armee auf 171 000 Soldaten und die Aufstockung der Polizei von derzeit 94 000 auf 134 000 Mann bis Ende 2011, wobei innerhalb von fünf Jahren das endgültige Ziel von 240 000 Soldaten und 160 000 Polizisten erreicht werden soll.

Diese Ziele werden schwer zu erreichen sein und sollten durch realistischere Zielvorgaben qualitativer Art ersetzt werden. Rein zahlenmäßige Erweiterungen (nach der Devise „mehr vom Selben“) ohne grundlegende Änderungen bei der Ausbildung, der Organisation und den Beziehungen der Polizei zu parallelen Rechtsorganen werden kaum zu einer Verbesserung der Sicherheitslage in Afghanistan beitragen.

Fünf Jahre nach dem Sturz der Taliban wurde in einem gemeinsamen Bericht des

Verteidigungsministeriums und des Außenministeriums der USA festgestellt, dass die Polizei in Afghanistan nicht in der Lage ist, routinemäßige polizeiliche Vollzugsaufgaben wahrzunehmen. Zudem wurde in dem Bericht festgestellt, dass die Verwalter des mit 1,1 Mrd. USD dotierten Schulungsprogramms (für das jetzt angeblich bereits 6 Mrd. USD aufgebracht wurden) nicht sagen konnten, wie viele Polizeioffiziere gerade im Dienst waren oder wo Tausende Lkw sowie andere Ausrüstungsgegenstände verblieben waren. Außerdem gab es keine effektiven Programme für die Einsatzausbildung, obwohl Ausbildungsexperten bereits seit Jahren gewarnt hatten, dass die Einsatzausbildung das Schlüsselement einer erfolgreichen Polizeiausbildung ist.

Diese Feststellungen gelten heute ebenso wie im Jahr 2006. Zwar wird die Polizeiausbildung nicht allein von den USA durchgeführt (es gibt vor Ort weitere polizeiliche Schulungsprogramme, darunter das EUPOL-Programm der EU sowie kleinere Programme der Mitgliedstaaten und eine kleine NATO-Mission), doch wurden die anderen Programme bedauerlicherweise durch die weniger fundierte Ausbildungspraxis der USA in den Hintergrund gedrängt. Eines der Hauptprobleme mit Blick auf die Qualität, die Kosten und die Wirksamkeit ist der von den USA praktizierte Ansatz, die Schulung privaten Auftragnehmern zu übertragen.

Ein wesentlicher Beitrag Europas zur Lösung des Problems der Polizeiausbildung in Afghanistan sollte daher darin bestehen, sich auf jede nur erdenkliche Weise dafür einzusetzen, dass solche Fehler wie die mangelhafte Überprüfung der Rekruten, das unzureichende Einsatztraining, die unzulängliche Kontrolle über die Ausrüstung sowie die Beauftragung privater Anbieter mit der eigentlichen Ausbildung nicht wiederholt werden. Die EU sollte ein umfassendes Schulungsprogramm unter dem Kommando der NATO anregen, in das alle bestehenden Ausbildungsmissionen integriert werden.

Drogen

Zwischen 2001 und 2009 gab die internationale Gemeinschaft etwa 1,61 Milliarden USD für die Drogenbekämpfung in Afghanistan aus, ohne dass ein spürbarer Rückgang der Drogenproduktion und des Drogenhandels zu verzeichnen war. Aus Afghanistan stammen weiterhin mehr als 90 % des weltweiten illegalen Opiums. Zahlenangaben von UNODC ist zu entnehmen, dass 242 000 Familien (bzw. 3,4 Millionen Einzelpersonen, d. h. 6,4 % der Bevölkerung) in das Gewerbe involviert sind.

Es steht zweifelsfrei fest, dass der illegale Opiumanbau nur bekämpft werden kann, indem den Landwirten eine realistische wirtschaftliche Alternative geboten wird. In anderen Ländern (z. B. Pakistan, Vietnam, Laos und Thailand) gibt es bereits Erfolgsbeispiele dafür, wie der Opiumanbau Schritt für Schritt durch nachhaltige Alternativen ersetzt werden kann. Dieses Ziel ließe sich auch in Afghanistan erreichen, wobei die entstehenden Kosten in Höhe von 100 Millionen EUR pro Jahr durch eine entsprechende Zweckbindung von 10 % der europäischen Zivilhilfe für das Land gedeckt werden können.

Damit alternative Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts geboten werden können, sind Infrastrukturen erforderlich, die wiederum Sicherheit voraussetzen. Dieses Problem muss angegangen werden. Die Entstehung landwirtschaftlicher Nischenbranchen in den einzelnen Provinzen könnte dazu beitragen, das Land allmählich selbständiger zu machen, es in Zukunft

zur Versorgung des regionalen Marktes zu befähigen und einen Wandel in der Lebensführung und den Erwartungen der Afghanen zu bewirken.

Der Berichtersteller ist daher fest davon überzeugt, dass ein Fünfjahresplan für die Abschaffung des illegalen Opiumanbaus mit Hilfe einer alternativen Entwicklung der beste und einzige Weg ist. Dieser Plan sollte spezielle Zielvorgaben und Fristen enthalten und die Schaffung einer vollständig neuen Stelle vorsehen, die für die Umsetzung verantwortlich ist.